



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2013/0110(COD)

10.12.2013

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Rechtsausschuss

zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates im Hinblick auf die Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Gesellschaften und Konzerne
(COM(2013)0207 – C7-0103/2013 – 2013/0110(COD))

Verfasser der Stellungnahme: Richard Howitt

PA_Legam

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Rechtsausschuss, folgende Änderungsanträge in seinen Bericht zu übernehmen:

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung vom 6. Februar 2013 zur sozialen Verantwortung der Unternehmen (2012/2097(INI)) klargestellt, dass im Rahmen der SVU in einer freien Gesellschaft wohltätige Maßnahmen niemals zu einer Pflicht gemacht werden dürfen, die dazu führen würde, dass die Bereitschaft der Menschen zur Wohltätigkeit abnimmt.

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 6

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6) Um die Konsistenz und Vergleichbarkeit der offengelegten nichtfinanziellen Informationen unionsweit zu erhöhen, sollten Gesellschaften verpflichtet sein, in ihren Lagebericht eine nichtfinanzielle Erklärung aufzunehmen, die mindestens Angaben zu Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelangen, zur Achtung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung enthält. Diese Erklärung sollte eine Beschreibung der Politiken, Ergebnisse und Risiken in Bezug auf diese

(6) Um die Konsistenz, **Transparenz** und Vergleichbarkeit der offengelegten nichtfinanziellen Informationen unionsweit zu erhöhen, sollten Gesellschaften ***unbeschadet der von Mitgliedstaaten festgelegten Rechnungsprüfungsanforderungen*** verpflichtet sein, in ihren Lagebericht eine nichtfinanzielle Erklärung aufzunehmen, die mindestens Angaben zu Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelangen, ***zur ausgewogenen Vertretung von Männern und Frauen***, zur Achtung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von

Belange umfassen.

Korruption und Bestechung enthält. Diese Erklärung sollte eine Beschreibung der politischen Maßnahmen, Ergebnisse und Risiken in Bezug auf diese Belange *sowie den genauen Verwendungszweck der sozialen Investitionen* umfassen.

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Kleine und mittelständische Unternehmen dürfen in keiner Weise verpflichtet werden, eine nichtfinanzielle Erklärung abzugeben, die sich auf ihr freiwilliges soziales Handeln bezieht. Dies würde zu unangemessen hohen Bürokratiekosten führen, die Arbeitsplätze vernichten und das soziale Engagement der Unternehmen gefährden statt zu fördern.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(6a) Um die Gleichbehandlung der Arbeitnehmer zu fördern, sollten die Mitgliedstaaten großen Gesellschaften nahelegen, eine Diversitätspolitik mit mittel- und langfristigen Zielen zu betreiben.

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Richtlinie

Erwägung 7

Vorschlag der Kommission

(7) Bei der Bereitstellung dieser Informationen können sich die Gesellschaften auf nationale Rahmenwerke, EU-basierte Rahmenwerke wie das Umweltmanagement- und -betriebsprüfungssystem (EMAS) und auf internationale Rahmenwerke wie den Global Compact der Vereinten Nationen (VN), die Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte: Umsetzung des Rahmenprogramms „Protect, Respect and Remedy“ der Vereinten Nationen, die Leitlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Unternehmen, die Norm der Internationalen Organisation für Normung (ISO) 26000, die Trilaterale Grundsatzerklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu multinationalen Unternehmen und zur Sozialpolitik und die Global Reporting Initiative stützen.

Geänderter Text

(7) Bei der Bereitstellung dieser Informationen können sich die Gesellschaften auf nationale Rahmenwerke, EU-basierte Rahmenwerke wie das Umweltmanagement- und -betriebsprüfungssystem (EMAS) und auf internationale Rahmenwerke wie den Global Compact der Vereinten Nationen (VN), die Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte: Umsetzung des Rahmenprogramms „Protect, Respect and Remedy“ der Vereinten Nationen, die Leitlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Unternehmen, die Norm der Internationalen Organisation für Normung (ISO) 26000, die Trilaterale Grundsatzerklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu multinationalen Unternehmen und zur Sozialpolitik und die Global Reporting Initiative ***oder auf ein Raster messbarer und sektoraler sozialer Kriterien, die von der Europäischen Union zum Beispiel in der Art eines „Sozialgütesiegels“ bestätigt wurden,*** stützen.

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(8a) Durch die Pflicht zur Offenlegung nichtfinanzieller Informationen wird die Einrichtung von Ratingagenturen erforderlich, die von der Europäischen Union ermächtigt sind, nötigenfalls die Richtigkeit der verbreiteten

Informationen zu überprüfen.

Änderungsantrag 7

**Vorschlag für eine Richtlinie
Erwägung 9 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(9a) Durch den Zugang von Investoren zu nichtfinanziellen Informationen muss auch ein Zustrom von Investitionen in sozial ausgerichtete Gesellschaften ausgelöst werden.

Änderungsantrag 8

**Vorschlag für eine Richtlinie
Erwägung 9 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(9b) Die Offenlegung nichtfinanzieller Informationen sollte zur Schaffung einer nachhaltigen und inklusiven Investitionsstrategie mit einer Bestimmung zur sozialen Verantwortung von Unternehmen führen, die konkrete Leitlinien für Investoren sowie eine wirksame Bewertungsmethode für die öffentlichen Stellen, die die sozialen und ökologischen Auswirkungen der entsprechenden Investitionen prüfen, enthält.

Änderungsantrag 9

**Vorschlag für eine Richtlinie
Erwägung 10 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(10a) Im Rahmen der Pflicht zur Offenlegung nichtfinanzieller Informationen ist es auch erforderlich, ein Gleichgewicht zwischen den im Umweltbereich und im Sozialbereich erzielten Ergebnissen sicherzustellen, damit die Offenlegung auch an den Grundsätzen der sozialen Verantwortung der Unternehmen orientiert ist und nicht ausschließlich Umweltdaten enthält.

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 11 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(11a) Um einen maximalen gemeinsamen Nutzen zu erzielen, die Nachhaltigkeit der Unternehmen zu optimieren sowie die Relevanz, Konsistenz und Vergleichbarkeit der von den Gesellschaften bereitgestellten nichtfinanziellen Informationen zu erhöhen, sollte die Kommission innerhalb von zwölf Monaten nach der Annahme dieser Richtlinie sektorspezifische Leitfäden und horizontale Leitlinien für die Verwendung der geeigneten wichtigsten Leistungsindikatoren, der Methoden zur Messung des Ressourcenbedarfs sowie der internationalen Rahmenwerke zur Verfügung stellen, insbesondere was die Verantwortung der Gesellschaften für die Achtung der durch Normen des Völkerrechts geschützten Rechte und Werte angeht.

Begründung

Dies wird den Verwaltungsaufwand der Unternehmen abbauen und den Erfolg der Richtlinie optimieren, indem den Gesellschaften mehr Sicherheit geboten wird, ohne dass dies eine

direkte rechtliche Anforderung wäre.

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 11 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(11b) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass adäquate und wirksame Mechanismen bestehen, mit denen die umfassende, korrekte und glaubwürdige Offenlegung der nichtfinanziellen Angaben durch die Unternehmen in Einklang mit den Bestimmungen dieser Richtlinie gewährleistet werden kann. Um einen effektiveren Schutz zu gewährleisten, sollten sich natürliche und juristische Personen, die ein berechtigtes Interesse haben, dass die Bestimmungen dieser Richtlinie eingehalten werden, an allen Verfahren, die sich ergeben, beteiligen können.

Begründung

Jedes der Ziele, das der Vorschlag anstrebt, wird durch die Nichteinhaltung durch die Unternehmen untergraben. Um dagegen vorzugehen, bedarf es eines Mechanismus, mit dem Akteure mit berechtigten Interessen die Einhaltung durchsetzen können. Die genauen Einzelheiten eines solchen Mechanismus werden am besten auf Ebene der Mitgliedstaaten festgelegt. Brauchbare Beispiele dafür bietet das EU-Verbraucher- und Antidiskriminierungsrecht.

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 16

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(16) Die Pflicht zur Offenlegung der Diversitätspolitik für die Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane in Bezug auf Aspekte wie Alter, Geschlecht,

(16) Die Pflicht zur Offenlegung der Diversitätspolitik für die Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane in Bezug auf Aspekte wie Alter, Geschlecht,

geografische Vielfalt, Bildungs- und Berufshintergrund sollte nur für große börsennotierte Gesellschaften gelten. Für kleine und mittlere Gesellschaften, die nach Artikel 27 der Richtlinie 78/660/EWG von bestimmten Rechnungslegungspflichten befreit werden können, sollte diese Verpflichtung daher nicht gelten. Die Offenlegung der Diversitätspolitik sollte Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung gemäß Artikel 46a der Richtlinie 78/660/EWG sein. Gesellschaften, die über keine Diversitätspolitik verfügen, sollten nicht zu deren Einführung verpflichtet sein, sondern unmissverständlich erläutern, warum dies der Fall ist.

geografische Vielfalt, Bildungs- und Berufshintergrund sollte nur für große börsennotierte Gesellschaften gelten. Für kleine und mittlere Gesellschaften, die nach Artikel 27 der Richtlinie 78/660/EWG von bestimmten Rechnungslegungspflichten befreit werden können, sollte diese Verpflichtung daher nicht gelten. Die Offenlegung der Diversitätspolitik sollte Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung gemäß Artikel 46a der Richtlinie 78/660/EWG sein. Gesellschaften, die über keine Diversitätspolitik verfügen, sollten nicht zu deren Einführung verpflichtet sein, sondern unmissverständlich erläutern, warum dies der Fall ist. ***Solchen Gesellschaften sollte nahegelegt werden, die Chartas für Vielfalt der EU zu konsultieren.***

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 17 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(17a) Die Pflicht zur Veröffentlichung nichtfinanzieller Informationen könnte im Rahmen einer künftigen Überarbeitung der Richtlinie über das öffentliche Auftragswesen als Zuschlagskriterium bei öffentlichen Vergabeverfahren berücksichtigt werden.

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe a Richtlinie 78/660/EWG Artikel 46 – Absatz 1 – Buchstabe a – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Der Lagebericht stellt den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage der Gesellschaft so dar, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild entsteht, und beschreibt die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten, denen sie ausgesetzt ist.

Geänderter Text

Der Lagebericht stellt den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage der Gesellschaft so dar, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild entsteht, und beschreibt die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten, denen sie ausgesetzt ist, **und weist ihre Sorgfaltspflicht nach.**

Begründung

Die Sorgfaltspflicht steht im Zentrum der größeren internationalen Rahmenwerke wie die OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen und die UN-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte: Dazu gehört, wie Gesellschaften die Risiken und Folgen, die sie der Gesellschaft aufbürden, vorausschauend ermitteln, verhüten und abschwächen.

Änderungsantrag 15

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe a

Richtlinie 78/660/EWG

Artikel 46 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Bei Gesellschaften, die im Durchschnitt des Geschäftsjahres mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigen und am Bilanzstichtag entweder eine Bilanzsumme von mehr als 20 Mio. EUR oder einen Nettoumsatz von mehr als 40 Mio. EUR aufweisen, umfasst der Lagebericht auch eine nichtfinanzielle Erklärung mit Angaben *mindestens* zu **Umwelt-,** Sozial- und Arbeitnehmerbelangen, zur Achtung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung einschließlich

Geänderter Text

Bei **großen** Gesellschaften, die im Durchschnitt des Geschäftsjahres mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigen und am Bilanzstichtag entweder eine Bilanzsumme von mehr als 20 Mio. EUR oder einen Nettoumsatz von mehr als 40 Mio. EUR aufweisen, umfasst der Lagebericht auch eine nichtfinanzielle Erklärung mit Angaben zu **Belangen, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses oder der Lage der Gesellschaft relevant sind, darunter nicht nur zu Umweltbelangen, sondern auch zu Sozial-, Gleichstellungs- und Arbeitnehmerbelangen sowie** zur Achtung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung einschließlich

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe a

Richtlinie 78/660/EWG

Artikel 46 – Absatz 1 – Buchstabe b – Ziffer i

Vorschlag der Kommission

einer Beschreibung der **von der** Gesellschaft in Bezug auf diese Belange **verfolgten Politik**;

Geänderter Text

einer Beschreibung der **Politik und eines Strategieplans zur Erreichung der Ziele, welche die** Gesellschaft in Bezug auf diese Belange **verfolgt**;

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe a

Richtlinie 78/660/EWG

Artikel 46 – Absatz 1 – Buchstabe b – Ziffer iii

Vorschlag der Kommission

der Risiken im Zusammenhang mit **diesen Belangen** und der Handhabung dieser Risiken durch das Unternehmen.

Geänderter Text

der Risiken im Zusammenhang mit **der Gesellschaft in Bezug auf deren Aktivitäten, Erzeugnisse, Dienstleistungen, Personal, Sachanlagen und Geschäftsbeziehungen** und der Handhabung dieser Risiken durch das Unternehmen.

Begründung

Da bereits mehrere Fälle zu verzeichnen waren, in denen Gebäude eingestürzt sind, ist es wichtig, dass Unternehmen verpflichtet werden, Risiken im Zusammenhang mit ihren Sachanlagen offenzulegen.

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe a

Richtlinie 78/660/EWG

Artikel 46 – Absatz 1 – Buchstabe b – Ziffer iii a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

iiia) eine Analyse zur Nutzung der Ressourcen, darunter zumindest die Nutzung von Land, Wasser und Werkstoffen, sowie zu Treibhausgasemissionen

Begründung

Der Fahrplan für Ressourceneffizienz der Kommission von 2011 schlug diese vier Schlüsselindikatoren für Ressourcen vor, um den vorläufigen Leitindikator des Inlandsmaterialverbrauchs zu ergänzen. Das Europäische Parlament hat ihre Annahme begeistert begrüßt, und die Kommission schlug sie in ihrer Konsultation zur Messung der Ressourcennutzung vor. Die Europäische Plattform für Ressourceneffizienz rief zur Verwendung dieser Indikatoren auf, um an alle Wirtschaftsakteure ein deutliches Signal auszusenden. Dieser Vorschlag schafft dafür einen Rahmen.

Änderungsantrag 19

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe a

Richtlinie 78/660/EWG

Artikel 46 – Absatz 1 – Buchstabe b – Ziffer iii b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

iiib) des genauen Verwendungszwecks der sozialen Investitionen.

Änderungsantrag 20

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe a

Richtlinie 78/660/EWG

Artikel 46 – Absatz 1 – Buchstabe b – Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Bei der Bereitstellung dieser Informationen kann sich die Gesellschaft auf nationale, EU-basierte oder internationale Rahmenwerke stützen und gibt

Bei der Bereitstellung dieser Informationen kann sich die Gesellschaft auf nationale, EU-basierte oder internationale Rahmenwerke ***oder auf ein von der***

gegebenenfalls an, welche Rahmenwerke zugrunde gelegt wurden.

Europäischen Union gebilligtes Raster messbarer und sektoraler sozialer Kriterien zum Beispiel in der Art eines „Sozialgütesiegels“ stützen und gibt gegebenenfalls an, welche Rahmenwerke zugrunde gelegt wurden.

Änderungsantrag 21

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe a

Richtlinie 78/660/EWG

Artikel 46 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass gerichtliche bzw. administrative Verfahren zur Durchsetzung der Verpflichtungen gemäß dieser Richtlinie eingerichtet und allen Personen, einschließlich Rechtspersonen, die im Einklang mit den im innerstaatlichen Recht festgelegten Kriterien ein berechtigtes Interesse an der Einhaltung der Bestimmungen dieser Richtlinie haben, zur Kenntnis gebracht und zugänglich gemacht werden.

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe a

Richtlinie 78/660/EWG

Artikel 46 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) Soweit dies für das Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses oder der Lage der Gesellschaft erforderlich ist, umfasst die Analyse sowohl die wichtigsten finanziellen als auch nichtfinanziellen

c) Soweit dies für das Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses oder der Lage der Gesellschaft *sowie der Arbeitnehmerrechte und der sozialen Rechte* erforderlich ist, umfasst die

Leistungsindikatoren, die für die betreffende Geschäftstätigkeit von Bedeutung sind.

Analyse sowohl die wichtigsten finanziellen als auch nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für die betreffende Geschäftstätigkeit von Bedeutung sind.

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe a a (neu)

Richtlinie 78/660/EWG

Artikel 46 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) Der folgende Absatz wird eingefügt:

„1a. Nach Ländern aufgeschlüsselte Berichterstattung:

In den im Anhang zum Jahresabschluss aufzunehmenden Angaben müssen große Unternehmen und Unternehmen von öffentlichem Interesse jährlich, aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaat und Drittland, in dem sie jeweils über eine Niederlassung verfügen, die folgenden Angaben auf konsolidierter Basis für das Geschäftsjahr offenlegen:

a) Firma, Art der Tätigkeiten und geografische Lage,

b) Umsatz,

c) Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten,

d) Verkäufe und Ankäufe,

e) Gewinn oder Verlust vor Steuern,

f) Steuern auf das Ergebnis,

g) erhaltene staatliche Beihilfen.“

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe a b (neu)

Richtlinie 78/660/EWG

Artikel 46 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ab) Der folgende Absatz wird eingefügt:

„1b. Die Kommission stellt in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und dem Rat innerhalb von zwölf Monaten nach der Annahme dieser Richtlinie und mit Schwerpunkt auf einer Gesamtrisikobewertung sektorspezifische Leitlinien sowie Leitlinien zu Methodologie und Verwendung internationaler Normen und nichtfinanzieller Leistungsindikatoren gemäß Artikel 46 Absatz 1 zur Verfügung, um die Unternehmen bei deren Berichterstattung zu unterstützen.“

Begründung

Solche Leitlinien sind derart wichtig, dass die Gesetzgeber einbezogen werden sollten.

Änderungsantrag 25

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe a c (neu)

Richtlinie 78/660/EWG

Artikel 46 – Absatz 1 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ac) Der folgende Absatz wird eingefügt:

„1c. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass angemessene und effiziente Mechanismen bestehen, mit denen die umfassende, genaue und glaubwürdige Offenlegung nichtfinanzieller Informationen durch die Gesellschaften gemäß den Vorschriften dieser Richtlinie überwacht und durchgesetzt werden kann.“

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass sämtlichen Personen einschließlich juristischer Personen gerichtliche bzw. verwaltungstechnische Verfahren zur Durchsetzung der Pflichten nach dieser Richtlinie zur Verfügung stehen, sofern sie gemäß den Voraussetzungen ihres nationalen Rechts ein berechtigtes Interesse daran haben, dass die Einhaltung der Bestimmungen dieser Richtlinie sichergestellt wird.“

Begründung

Jedes der Ziele, das der Vorschlag anstrebt, wird durch die Nichteinhaltung durch die Unternehmen untergraben. Um dagegen vorzugehen, bedarf es eines Mechanismus, mit dem Akteure mit berechtigten Interessen die Einhaltung durchsetzen können. Die genauen Einzelheiten eines solchen Mechanismus werden am besten auf Ebene der Mitgliedstaaten festgelegt. Brauchbare Beispiele dafür bietet das EU-Verbraucher- und Antidiskriminierungsrecht.

Änderungsantrag 26

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 1 – Nummer 2 – Buchstabe a

Richtlinie 78/660/EWG

Artikel 46a – Absatz 1 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

g) eine Beschreibung der Diversitätspolitik der Gesellschaft für deren Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane in Bezug auf Aspekte wie Alter, Geschlecht, geografische Vielfalt, Bildungs- und Berufshintergrund, der Ziele dieser Diversitätspolitik sowie der Art und Weise der Umsetzung dieser Politik und deren Ergebnisse im Berichtszeitraum. Verfügt die Gesellschaft nicht über eine derartige Politik, enthält die Erklärung eine unmissverständliche und ausführliche Begründung, warum dies der Fall ist.“

Geänderter Text

g) eine Beschreibung der Diversitätspolitik der Gesellschaft für ***ihre sämtlichen Gremien, insbesondere*** deren Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane in Bezug auf Aspekte wie Alter, Geschlecht, geografische Vielfalt, Behinderung, ***rassische oder ethnische Herkunft***, Bildungs- und Berufshintergrund, der Ziele dieser Diversitätspolitik, der Art und Weise der Umsetzung dieser Politik und deren Ergebnisse im Berichtszeitraum ***sowie die Strategie zur Erreichung der Ziele der Diversitätspolitik***. Verfügt die Gesellschaft nicht über eine derartige Politik, enthält die Erklärung eine unmissverständliche und ausführliche Begründung, warum dies der

Fall ist.“

Änderungsantrag 27

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 – Nummer 1 – Buchstabe a

Richtlinie 83/349/EWG

Artikel 36 – Absatz 1 – Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission

Bei Mutterunternehmen von zu konsolidierenden Unternehmen, die im Durchschnitt des Geschäftsjahres insgesamt mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigen und am Bilanzstichtag entweder eine Bilanzsumme von mehr als 20 Mio. EUR oder einen Nettoumsatz von mehr als 40 Mio. EUR aufweisen, umfasst der Lagebericht auch eine nichtfinanzielle Erklärung mit Angaben ***mindestens zu Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelangen***, zur Achtung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung einschließlich

Geänderter Text

Bei börsennotierten Mutterunternehmen von zu konsolidierenden Unternehmen, die im Durchschnitt des Geschäftsjahres insgesamt mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigen und am Bilanzstichtag entweder eine Bilanzsumme von mehr als 20 Mio. EUR oder einen Nettoumsatz von mehr als 40 Mio. EUR aufweisen, umfasst der Lagebericht ***unbeschadet der von Mitgliedstaaten festgelegten Rechnungsprüfungsanforderungen*** auch eine nichtfinanzielle Erklärung oder einen Verweis auf eine nichtfinanzielle Erklärung ***mit Angaben zu Belangen, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses oder der Lage der Gesellschaft relevant sind, wozu nicht nur Umweltbelange gehören können, sondern auch Sozial-, Gleichstellungs- und Arbeitnehmerbelange sowie Belange*** zur Achtung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung einschließlich

Änderungsantrag 28

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 – Nummer 1 – Buchstabe a

Richtlinie 83/349/EWG

Artikel 36 – Absatz 1 – Unterabsatz 3 – Ziffer iii a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

iiia) des genauen Verwendungszwecks der sozialen Investitionen.

Änderungsantrag 29

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 2 – Nummer 1 – Buchstabe b

Richtlinie 83/349/EWG

Artikel 36 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

5a. In Einklang mit Artikel 19 Absatz 4 der Richtlinie 2013/34/EU können die Mitgliedstaaten kleine und mittlere Unternehmen von der Verpflichtung zur Aufnahme nichtfinanzieller Informationen in den Lagebericht ausnehmen.

Begründung

Der Vorschlag der Kommission scheint zu bedeuten, dass Artikel 19 Absatz 4 der am 26. Juni 2013 angenommenen Richtlinie 2013/34/EU gestrichen wird; dies sollte jedoch auf keinen Fall geschehen. Der Absatz bezieht sich auf die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren und nicht auf die nichtfinanzielle Erklärung. Würde Absatz 4 gestrichen, hätten KMU die Pflicht, nichtfinanzielle Leistungsindikatoren bereitzustellen. Dies würde einen nicht gewünschten Verwaltungsaufwand für KMU verursachen. Die Mitgliedstaaten hätten keine Möglichkeit, KMU von dieser Verpflichtung auszunehmen.